



An den  
Bürgermeister der Stadt Gütersloh  
Herrn Matthias Trepper  
bzw. Vertretung im Amt  
Berliner Str. 70  
33330 Gütersloh

Fraktion **Die Linke**  
im Rat der Stadt Gütersloh

Marienfelder Str. 14  
33 330 Gütersloh  
Tel: +49 (0) 5241 2112654  
Fax: +49 (0) 5241 2112656  
Email: [fraktion@die-linke-guetersloh.de](mailto:fraktion@die-linke-guetersloh.de)

25. März 2026

## **Antrag zum Stellenplan 2026 – TOP 17: Aufstockung der Stellen des Allgemeinen Sozialen Diensts (ASD)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Die Linke stellt für die Sitzung des Rats am 26.03.2026 den folgenden Antrag zum TOP 17 „Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026“:

### ***Beschlussvorschlag:***

Es werden vier zusätzliche Vollzeitstellen im Stellenplan 2026 im Fachbereich 54 (Jugend und Familie) für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) geschaffen. Dies dient zur Reduzierung von Rückständen bei Fällen der Kindeswohlgefährdung (KWG) und zur Sicherstellung gesetzlicher Aufgaben nach dem SGB VIII.

### **Begründung:**

Der Allgemeine Soziale Dienst ist ein zentraler Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe und trägt maßgeblich zur Sicherstellung des Kinderschutzes bei. In den vergangenen Jahren ist ein kontinuierlicher und deutlich ansteigender Fallzuwachs zu verzeichnen, der bislang nicht abflacht. Die bestehenden personellen Kapazitäten reichen bereits jetzt nicht mehr aus, um die anfallenden Aufgaben vollständig und zeitnah zu bewältigen.

Infolge der Überlastung mussten bereits fachliche Priorisierungen vorgenommen und Qualitätsstandards abgesenkt werden. Insbesondere werden Fälle der Kindeswohlgefährdung vorrangig bearbeitet, während andere Hilfebedarfe teilweise verzögert oder nicht mehr im erforderlichen Umfang berücksichtigt werden können. Hierdurch ist ein erheblicher Fallrückstau entstanden, der die Handlungsfähigkeit des ASD zunehmend einschränkt.

Diese Entwicklung steht im Widerspruch zum gesetzlichen Auftrag gemäß SGB VIII, wonach Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen sind und die Jugendhilfe dazu beitragen soll, Benachteiligungen zu vermeiden sowie positive Lebensbedingungen zu schaffen. Eine dauerhafte Nichterfüllung dieser Aufgaben ist rechtlich und fachlich nicht vertretbar.

Der Personalbedarf ist auch fachlich angezeigt: Nach Einschätzung des Jugendamtes fehlen derzeit bis zu acht Stellen im ASD sowie weitere Kapazitäten im Fachbereich 54.1. Mit der Schaffung von vier zusätzlichen Stellen soll der bestehende Rückstau reduziert und eine weitere Verschärfung der Situation verhindert werden.

Auch wenn der aktuelle HzE-Bericht erst im Laufe des Jahres vorliegen wird und daher noch keine abschließenden Kennzahlen zur Verfügung stehen, zeigt sich bereits jetzt ein klarer Trend: steigende Fallzahlen, zunehmende Komplexität der Fälle sowie eine wachsende Zahl an Gefährdungseinschätzungen.

Die Folgen der aktuellen Personalsituation sind deutlich erkennbar: hohe Arbeitsbelastung, steigende Krankenstände, zunehmende Fluktuation sowie Einschränkungen in der Einarbeitung und Ausbildung neuer Fachkräfte. Ohne kurzfristige personelle Verstärkung ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung bis zur nächsten Haushaltsperiode weiter verschärfen wird.

Trotz der angespannten Haushaltslage ist die Schaffung der beantragten Stellen erforderlich, um die gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin fachgerecht, rechtssicher und dem Schutzauftrag entsprechend erfüllen zu können.

Vor diesem Hintergrund wird um Zustimmung gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Virginia-Andrée Rittinghaus  
Fraktionsvorsitzende

Manfred Reese  
Fraktionsvorsitzender